

## Folgen der Zuwanderung

Ein Aufschrei geht durch die Bevölkerung: In Seegräben wird einem Mieter die gemeindeeigene Wohnung gekündigt, um Flüchtlingen Platz zu machen. In Windisch müssen 49 Mieter weichen, damit Asylsuchende untergebracht werden können. Die Gemeinde Mettmenstetten will eine Wohnung für Geflüchtete kaufen, die eine Million kostet.

Das sind die Folgen einer jahrelangen und illusionären Asylpolitik, die mit «Schengen/Dublin» auch einen Namen hat.

Und die Fehlentwicklung geht weiter. Wohnraum wird knapp und die Ursache ist klar: die masslose Zuwanderung. Auch sie hat einen Namen: Personenfreizügigkeit und damit die Nichtumsetzungen, erstens des Masseneinwanderungsartikels in der Bundesverfassung, zweitens des Asyl- und Ausländergesetzes von 2006 und drittens der Ausschaffungsinitiative von 2010.

Mitte-links-Politiker haben alles unternommen, um eine von Volk und Kantonen verlangte massvolle Zuwanderungs- und eine vernünftige Asylpolitik zu hintertreiben. Bundesrat und Parlament folgten dem rechtswidrigen Gebaren. Solange die Schweiz eine Netto-Zuwanderung von jährlich einer grossen Stadt hat, wird nie genügend Wohnraum zur Verfügung stehen.



Das zunehmend komplizierte, bürokratisierte Bauen verschlimmert das Ganze.

Besonders schlimm ist die Situation in den rot-grünen Städten mit ihrem angeblichen «sozialen Wohnungsbau», der mit Subventionen einige wenige Privilegierte begünstigt. Günstiger Wohnungsbau im Baumarkt wird dadurch unterbunden, weil nichtsubventionierter Wohnungsbau benachteiligt wird. Ohne fairen Wettbewerb kommt der Wohnungsbau zum Erliegen.

Die Folge der verfehlten Ausländer- und Asylpolitik bricht jetzt überall auf. Die masslose Zuwanderungspolitik zeitigt ihre unerfreulichen – allerdings längst voraussehbaren – Folgen. Höchste Zeit, etwas dagegen zu unternehmen. Es wäre einfach.

E gfreuti Wuche

*Christoph Blocher*